

**16.04.2012 – Marianne Kneuer:**

**Bilanz und Perspektiven der EU-, Osterweiterung'**

**(Hildesheim)**

Nach Durchschneidung des Eisernen Vorhangs am 27. Juni 1989 an der österreichisch-ungarischen Grenze und der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November des gleichen Jahres stellte sich alsbald auch konkreter die Frage der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften, die auf neue, allzu viele neue Beitrittskandidaten noch zögerlich reagierten. Es kam zunächst zu ‚Europaabkommen‘, die heranzuführen sollten, Vorstufen für die Beitritte der Kandidatenländer, die allerdings erst viele Jahre später als Vollmitglieder beitreten sollten. Es folgten letztlich 12 Neuaufnahmen, so dass aus den EU 15- (1995) EU 27-Staaten (2004/07) wurden. Bilanz und Perspektiven dieser einmaligen, weil größten und umfassendsten Erweiterung in der Geschichte des gemeinschaftlichen Europas werden nun 5 Jahre nach dem Vollzug dieses historischen Prozesses im Überblick beleuchtet.

Referentin ist die zu diesem Thema sehr ausgewiesene Lehrstuhlinhaberin für Politikwissenschaft an der Universität Hildesheim. In den neunziger Jahren war Marianne Kneuer als Journalistin und als Referentin im Planungsstab bei Roman Herzog tätig. 2001-2005 war sie Forschungsstipendiatin der DFG und habilitierte sich 2005 an der Kath. Universität Eichstätt für die Venia legendi in Politikwissenschaft. Nach Lehrstuhlvertretungen in Erfurt, Hagen und Darmstadt ist Kneuer seit 2011 Professorin für Vergleich politischer Systeme/ internationale Beziehungen an der Stiftung Universität Hildesheim tätig.

mehr zu ihrer Person und ihren Publikationen auch unter dem link:

<http://www.uni-hildesheim.de/index.php?id=7011>

Die Referentin beginnt ihren Vortrag mit einer näheren Beleuchtung der Entstehungshintergründe der der EU, um die Motive und Modelle der europäischen Einigung historisch herzuleiten. Schon Walter Hallstein habe in den 60er Jahren eine Erweiterung der EWG ins Auge gefasst. Bereits in dieser frühen Phase der institutionellen Einigung Europas war geplant, die Erweiterung zweigleisig voranzutreiben, nämlich einerseits durch Aufnahme neuer Vollmitglieder, andererseits aber auch durch Assoziierungsabkommen. Von Beginn an stand jedoch fest, dass man nur europäische Länder aufnehmen wolle – wobei ‚europäisch‘ kein klar definiertes Kriterium darstellt.

Als allgemeine Motive für die Erweiterung nennt Kneuer: erstens, politische Motive mit dem Wunsch einer Ausweitung des internationalen Gewichts; zweitens, wirtschaftliche Motive in Hinsicht auf die Erschließung neuer Handelspartner und Absatzmärkte; drittens, das Gefühl einer moralischen Verpflichtung gegenüber denjenigen Teilen Europas, die sich in lange Zeit Unfreiheit befanden (Ostblock); viertens, das kulturell-historische Motiv, dass man sich als Wertegemeinschaft fühlt

sowie schließlich fünftens, – was bisher zu wenig beachtet werde – eine Art „Stabilitätsexport“ durch Förderung der Demokratisierung.

Anfang der 1960er Jahre gab es eine Flut von Anträgen auf Aufnahme in die EWG. Daher wurde eine Kommission gegründet, die Kriterien zur Aufnahme erarbeiten sollte. Diese erstellte den sogenannten Birkelbach-Bericht, der eine Aufnahme-Doktrin beinhaltete: Die Länder, die für eine Vollmitgliedschaft in Frage kommen, sollten erstens geografisch zu Europa gehören und zweitens demokratisch sein. (In diesem Sinne gab es auch bald einen negativen Sanktionsmechanismus, wenn die Demokratie in Mitgliedstaaten eingeschränkt wurde.)

Die ersten Aufnahmen neuer Mitglieder 1973 und 1981 stellte keinerlei Probleme dar. 1989 hätte man eigentlich erwarten sollen, dass der europäische Rat nach dem Fall der Mauer nun dafür stimmen würde, möglichst schnell möglichst viele osteuropäische Staaten aufzunehmen. Doch dies war nicht der Fall. Stattdessen standen die Zeichen auf Vertiefung. Gleichwohl wurden in Straßburg einige Hilfsprogramme und unterstützende Institutionen gegründet. 1991 wurden erste Assoziierungsabkommen unterzeichnet, mit denen die betroffenen Länder jedoch unzufrieden waren. Die ‚Agenda 2000‘ (1997) empfahl zunächst nur die Aufnahme von fünf der zehn Antragstellern in die EU. (Die Slowakei wurde aus politischen Gründen zurückgewiesen, in allen anderen Fällen spielten wirtschaftliche Defizite die entscheidende Rolle bei der Ablehnung.)

Dann jedoch, so Kneuer, katalysierte kam der sogenannte Kosovo-Konflikt eine Dynamik: 1999 wurde auf dem Gipfel von Helsinki beschlossen, dass die restlichen fünf Länder ebenfalls relativ schnell aufgenommen, dass die Länder des Westbalkans mit Assoziierungsabkommen an die EU gebunden und dass mit der Türkei Verhandlungen über die Erlangung einer Vollmitgliedschaft eröffnet werden sollten.

Die Erweiterung ist bis heute nicht zum Stillstand gekommen. Kroatien ist 2013 als Vollmitglied vorgesehen. Mit Island wird seit 2010 über eine Vollmitgliedschaft verhandelt. Weitere Kandidatenländer sind Mazedonien, Montenegro und die Türkei, potentielle Kandidaten sind Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien sowie Kosovo. Als Formen der Bindung an die EU fasst Kneuer hier nochmals folgende Elemente (in absteigender Hierarchie) zusammen:

Erweiterung durch Vollmitgliedschaft

Beitrittsassoziiierung

Partnerschaftsassoziiierung (Nachbarschaftspolitik)

EWR

Partnerschaftsabkommen (Kooperationsabkommen)

Die Nachbarschaftspolitik, die den Mittelmeerraum sowie Osteuropa umschließt, zielt auf einen ‚Ring von Freunden‘ rund um die Außengrenzen der EU.

Zum Schluss ihres Vortrags zieht Kneuer Bilanz:

Die EU sei definitiv politisch gewichtiger geworden und sie habe auch neue Handelspartner und Absatzmärkte gewonnen. Ebenso sei sie ihrer moralischen Verantwortung gerecht geworden, habe ihre kulturell-historischen Werte erfolgreich bekräftigt und schließlich auch die Stabilität innerhalb Europas verbessert. Etwas zögerlicher bejaht Kneuer, dass auch die Demokratisierung insgesamt Fortschritte gemacht habe: Zwar gebe es nun mehr demokratische Staaten als zuvor, aber gerade im ‚Ring der Freunde‘ gebe es erhebliche Demokratiedefizite. Für viele der betroffenen Länder biete die EU hier nicht genügend Anreize.

Schließlich kommt Kneuer noch auf die jüngsten arabischen Revolutionen zu sprechen. Sie stellt die Frage, inwieweit man diese mit den bürgerlichen Revolutionen in Europa vergleichen könne.

Hier habe die EU die Chance, ihr Potential zu zeigen und zu nutzen. Doch sie habe auch ein Glaubwürdigkeitsproblem, da vor 2011 mit den diktatorischen Machthabern paktiert worden war. Offenbar galt hier Stabilität mehr als Demokratie. Nach den Revolutionen jedoch scheint Kneuer eine erneute Stabilisierung nur noch durch Vorantreiben der Demokratie möglich. Um Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen müsse die EU nun vor allem in Osteuropa entsprechend handeln. Hierzu habe die EU bereits die notwendigen Instrumente und Strukturen. Es müsse nichts Neues erfunden werden. Vielmehr komme es darauf an, konsistentes Engagement für die Demokratie und für wirtschaftliche Reformen zu zeigen. Der weitere Umgang mit Tunesien und Ägypten werde Modellcharakter haben.

Dem Vortrag schloss sich wie üblich eine rege Diskussion an, in der die Rednerin zu weiteren Aspekten der EU-Osterweiterung Stellung nahm, von denen hier nur einige herausgegriffen werden können. Auf die Frage, ob die jüngste EU-Erweiterungen ohne die NATO-Erweiterung interpretierbar seien, ergänzt Kneuer, dass beide Erweiterungen in der Tat ineinandergriffen. NATO („das sind die USA“) und EU hätten z.T. auch gut kooperiert. Auch müsse man hierbei bedenken, dass die Aufnahme in die NATO für viele osteuropäischen Staaten wichtiger war als die Aufnahme in die EU.

Zur Debatte um die Aufnahme der Türkei, betont Kneuer, dass man hier zugeben müsse, dass dies nicht zuletzt eine deutsche Idee gewesen sei (d.h. der damaligen rot-grünen Bundesregierung). Die Türkei weise nach wie vor erhebliche Defizite in aufnahmerelevanten Bereichen auf: hinsichtlich Religions- und Meinungsfreiheit sowie auch in verfassungsrechtlichen Fragen. Die lange Verhandlungszeit (seit 2005) lasse den Willen der Türkei zum Beitritt langsam schwinden.